

Ersteht in Leipzig
Willems, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Wann's Abonnements
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 1. und 4. Monat, und auf den
2. Monat besonders angenommen; im
Wien, Baden und Preußen, Sachsen-
Weimar auch auf den 3ten Monat
des Quartals & 6 Pf.

Inserate
bein. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.
bein. Privatangelegenheiten und Briefe 20
Zeile 10 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Buchhandlungen und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.

Bistal-Expeditionen.

Rem.-Port: Soc.-brosch. Genossenschaftsbuchhandlung, 154 Kildrige Str.
Philadelphia: P. Post, 630 North 3rd Street.
J. Post, 1139 Charlotte Str.
Saskatoon N. J.: H. K. Seigel, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: A. Kaufmann, 74 Clybourne Str.
San Francisco: H. Post, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. Post, 8 New Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 35.

Sonntag, 24. März.

1878.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Anzeigband beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark pro Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Condempendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich, Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzufenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts“ im Nachtrag XI, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkstatt am Königplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: Volkswaldorf, Reudnitz, Reuschnefeld etc. etc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für Connewitz etc. Hader, Kurze Str. 10 part.; für Kleinöschter und Umgegend bei F. Tross Hauptstr. 10 I; für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für Neureudnitz bei Schwan, 15 I; für Göhlis etc. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für Stötteritz bei E. Grude, Am der Papiermühle; für Pöhlitz-Lindenu bei Frau Erdenschein, Auerliensstraße 3.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Zur Controverse über die sozialistische *) Werththeorie.

III.

Angebot und Nachfrage.

H. L. Da ist also erstens der Einwand, welcher auf den Einfluß von Angebot und Nachfrage hinweist.

Wenn die Arbeit, heißt es, wirklich der einzige Faktor der Werthbestimmung wäre, dann müßte ja jede Waare, auf welche Arbeit verwendet wurde, diesen selben Werth, aus der in ihr enthaltenen „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ bestehend, immer behalten; statt dessen sehen wir aber, daß Waaren, je nach dem „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“, d. h. je nach Angebot und Nachfrage, oft völlig werthlos werden, während andere wieder in ihrem Werth beständig steigen und fallen, alles andere wieder in ihnen enthaltenen „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ dieselbe bleibt. Es ist also klar, daß nicht die Arbeit allein, sondern auch der „wechselnde gesellschaftliche Bedarf“ ein werthbestimmender Faktor ist.

Und hier kommen wir zu jener Controverse, auf welche in der Uebersicht dieser Artikel Bezug genommen wird.

Herr C. A. Schramm ist in mehreren an dieser Stelle (Nr. 61, 62, 128 des „V.“ v. 1877) veröffentlichten Artikeln des Herrn Professor Schäffle, welcher in seiner „Quintessenz des Sozialismus“ den obigen Einwand wiederholt hatte, entgegengetreten, indem er auszuführen unternahm, daß die „Marx'sche Werthdefinition der durch wechselnden gesellschaftlichen Bedarf eintretenden Werthsteigerung oder Entwerthung der Waare vollständig Rechnung trägt“, worin eben die wahre Größe derselben zu erblicken sei.

Unter dem Ausdruck „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ sei nämlich nicht, wie bisher geschah, bloß die für eine Waare auszuwendende Durchschnittsarbeitszeit zu verstehen, sondern in diesem Ausdruck stehe zugleich die Bezugnahme auf den jeweiligen gesellschaftlichen Bedarf, indem stets nur derjenige Theil der auszuwendenden Durchschnittsarbeitszeit im Tauschwerth berechnet werden dürfe, welcher zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfes wirklich „notwendig“ war. Wir können uns diesen Gedanken- gang wohl am besten klar machen, indem wir die Herstellung und den gesellschaftlichen Bedarf irgend einer Waarengattung als Ganzes betrachten.

Bedarf z. B. eine gegebene Gesellschaft 1000 Ellen Leinwand und sind zur Herstellung derselben nach den vorhandenen Produktionsbedingungen 2000 Stunden Arbeit erforderlich, so

enthält jede Elle 2 Stunden „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“. Sind nun in Folge der gesellschaftlichen Unfähigkeit, Produktion und Bedarf in Einklang zu bringen, statt der benötigten 1000 Ellen 2000 erzeugt, d. h. also sind statt 2000 Stunden 4000 auf die Deckung des Bedürfnisses Leinwand verwendet worden, so hat man eben 2000 Stunden Arbeitszeit überflüssig verausgabt. Da aber bei der Bestimmung des Tauschwerths immer nur die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ in Betracht kommt, so fallen die 2000 Stunden überflüssig verwandter Arbeitszeit einfach weg und für jene 2000 Ellen können demnach nur 2000 Stunden „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“ in Rechnung kommen, die sich auf die 2000 Ellen gleichmäßig verteilen, so daß jetzt auf eine Elle nur eine Stunde „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“, also auch die Hälfte des Tauschwerths entfällt, den die Elle hatte, als nur 1000 davon da waren.

Damit ist das Kunststück, in der sozialistischen Werththeorie den Einfluß des „wechselnden gesellschaftlichen Bedarfes“ mit unterzubringen, fertiggebracht. Die „Werthe“ der Waaren steigen und fallen nun, trotzdem die für sie aufzuwendende Arbeit dieselbe bleibt, je nach dem augenblicklichen „gesellschaftlichen Bedarf“ beständig auf und nieder.

Herr Professor Schäffle und auch die „Zukunft“ haben diese Fregese des Ausdrucks „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ zurückgewiesen.

Marx selbst hat sich gerade hier mit onetkennenswerther, kaum mißzuverstehender Deutlichkeit ausgesprochen. Er sagt in seiner eigenen Definition dieses Ausdrucks („Kapital“ 1. Aufl. S. 5): „Es könnte scheinen, daß wenn der Werth einer Waare durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je sauler oder ungeschickter ein Mann, desto werthvoller seine Waare, weil er desto mehr Arbeitszeit zu ihrer Fertigstellung braucht. Aber nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zählt als werthbildend.“

Also bloß um zu zeigen, daß nicht jede beliebige, sondern nur die Durchschnittsarbeitszeit werthbildend sei, stellt er den Ausdruck „gesellschaftlich notwendig“ auf; von einem Zusammenhang desselben mit dem jeweiligen gesellschaftlichen Bedarf spricht er hier ebenso wenig als sonst wo.

Ferner sagt Herr Marx an derselben Stelle: „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt um irgend einen Gebrauchswert etc. etc. herzustellen.“ Er hat also hier den einzelnen Gebrauchswert, für sich betrachtet, ohne Zusammenhang mit den andern gleichartigen Gebrauchswerten, im Auge. Würde er das haben ausdrücken wollen, was Herr Schramm meint, dann würde er wohl gesagt haben: „... ist Arbeitszeit, erheischt um irgend einen Bedarfsartikel (in seiner Gesamtheit betrachtet) herzustellen,“ oder sich doch ähnlich ausgedrückt haben. Dies hätte der Sache natürlich ein ganz anderes Gesicht gegeben.

Das gleich darauf von Herrn Marx angeführte Beispiel von der Leinwand macht die Sache noch klarer. Weil in Folge der Erfindung des Dampfwebstuhls die zur Erzeugung einer Elle Leinwand erforderliche Durchschnittsarbeitszeit auf die Hälfte herunterging, hat sich auch der Tauschwerth der Elle Leinwand auf die Hälfte reduziert, keineswegs ist hierbei aber vom „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“ irgendwie die Rede.

Geradezu zweifellos wird die Sache aber durch eine Stelle S. 67 des „Kapital“ (1. Aufl.), dort heißt es: „Geseht endlich, daß auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesamtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten.“ Aber trotzdem diese Leinwand dem Bedarf gegenüber „überflüssig verausgabte Arbeitszeit“ enthält, besteht sie, für sich betrachtet, nur aus lauter „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“. Das ist eben nur deshalb möglich, weil unter „gesellschaftlich notwendig“ nicht die Beziehung zum Bedarf, sondern ausschließlich die allgemeine Durchschnittsarbeitszeit zu verstehen ist.

Mit diesen zwei Sätzen des Herrn Marx ist Herr Schramm mit seiner Definition des Ausdrucks „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ vollständig geschlagen.

Rechtshin aber muß uns ja die eigene Ueberlegung das völlig Unhaltbare dieser Definition darthun.

Bei Ueberangebot läßt sich die Sache noch halbwegs plausibel machen: Man wirft die nicht „gesellschaftlich notwendig“ gewesene Arbeitszeit einfach weg. Wie aber, wenn umgekehrt das Angebot ein zu geringes ist, die angeblich daraus resultirende Steigerung des „Werthes“ erklären? Wo will man, wenn die Elle Leinwand, welche zwei Arbeitsstunden tatsächlich enthält, auf den „Werth“ von drei Stunden gestiegen ist, diese dritte Stunde hernehmen?

Um sich hier zu helfen, nimmt Herr Schramm zu folgendem Auskunftsmitel seine Zuflucht. Er sagt kurzweg: Die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ zur Deckung des sich auf 1000 Ellen beziffernden Bedarfes in der Waare Leinwand ist 2000 Stunden. Sind nun bloß 1000 Stunden wirklich verwendet, also nur 500 Ellen erzeugt worden, so stehen eben in diesen 500 Ellen die 2000 Stunden, also in jeder Elle vier Stunden „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“, trotzdem nur zwei Stunden pro Elle wirklich verwendet wurden.

Das Willkürliche und Unsichthaltige dieser Erklärung liegt auf der Hand.

Wir würden hier dem Widersinn begegnen, daß, wenn das benötigte Quantum nur erst wirklich 1000 Ellen ist, es für den Gesamtwert der Waare Leinwand ganz gleichgültig bliebe, wie viel davon wirklich erzeugt wurde: ob 500 oder 200 oder 50 oder meinetwegen auch 1 Elle. In dieser einen Elle stüken dann eben die ganzen 2000 Stunden „gesellschaftlich not-

wendiger Arbeitszeit“. Woraus sich dann des Fernern ergäbe, daß wir gar nichts Klügeres thun können, als möglichst wenig zu produzieren und uns möglichst wenig anzustrengen. Ich habe ja, nach Herrn Schramm, wenn ich mich dummerweise mit der Herstellung von 1000 Ellen Leinwand abquälte, schließlich doch nicht mehr „Werthe“ erzeugt, als jener Schlaupopf von Produzenten für einen andern Markt, der nur eine Elle produzierte. Meine 1000 und seine einzige Elle enthalten gleich viel, nämlich 2000 Stunden „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“, haben also auch gleich großen „Werth“. Was für die Fabrikanten! Sie zahlen den Arbeitslohn für eine Elle und stecken den Tauschwerth von 1000 ein. Man wird zugeben: kein schlechtes Geschäft!

Es wäre hier eben, um wieder ernsthaft zu sprechen, nicht mehr die wirklich verwendete Arbeitszeit, sondern die, welche hätte verwendet werden sollen, die den Tauschwerth der Waaren bestimmen würde. Herr Marx aber versichert uns (S. 42 und 43), daß der Tauschwerth nichts als „eine bestimmte gesellschaftliche Manier ist, die auf ein Ding verwandte Arbeit auszubringen“. Nur die wirklich verwendete Arbeit also ist werthbildend, oder, um noch sinnfälliger zu sprechen, die dabei verausgabte „Hirn-, Nerv-, Muskel- etc.“ „Substanz, welche wir als in der Waare gewissermaßen „festgeronnen“ zu denken haben. Etwas aber, was einem Dinge gar nie zu Theil wurde, kann auch darin nicht „festgeronnen“ sein.

Kurzum, es wäre nicht mehr die Arbeitszeit, welche den Tauschwerth, sondern es wäre umgekehrt der Tauschwerth, welcher den jeweiligen Werth der Arbeitszeit bestimmte, also etwas, was es gar nicht giebt, da ja die Arbeit bekanntlich gar keinen „Werth“ hat, sondern eben nur in der sich stets gleichbleibenden Verausgabung von „Muskel-, Hirn-, Nerv etc.“ besteht und das feststehende Maß aller Werthe bildet. Nach Herrn Schramm aber wäre immer erst unter Rücksichtnahme auf das augenblickliche „notwendige“ Waarenquantum zu bestimmen, welchen „Werth“ die wirklich verwendete Arbeitsstunde haben, ob sie 2 oder 100 oder 1000 Arbeitsstunden „werth“ sein soll. Es ist das genau dasselbe, als wenn man, um an verschiedenen Stücken Leinwand immer das gerade gewünschte Maß herauszubekommen, jedesmal erst bestimmen wollte, wie lang die Elle sein soll, also die Elle nach der Leinwand, statt die Leinwand nach der Elle maße.

Der Tauschwerth selbst aber würde bestimmt werden durch den „wechselnden gesellschaftlichen Bedarf“, so daß es in letzter Instanz dieser, oder, was dasselbe ist, „Angebot und Nachfrage“ wären, welche für den Tauschwerth der Waaren ausschlaggebend sind. Und damit hätten die Herren bürgerlichen „Bulgär-Defonomen“, die ja von jeher eben dasselbe versicherten, vollkommen Recht und nicht wir dummen Sozialisten, die immer feif und fest behauptet hatten, die einzige Quelle des Tauschwerths der Waaren sei die Arbeit.

Mit einem Worte, die Definition des Herrn Schramm bedeutet m. E. nichts mehr und nichts weniger als die vollständige Demolirung der sozialistischen Werththeorie. Was sie mit der einen Hand aufbaute: Bestimmung des Werths durch die Arbeitszeit, wirft sie mit der andern Hand: Bestimmung des Werths der Arbeitszeit durch den „gesellschaftlichen Bedarf“ wieder vollständig um.

Interessant ist übrigens, zu bemerken, wie Herr Schramm in dem einen der erwähnten Aufsätze (Nr. 62 d. „V.“ v. 1877) erst das bereits oben erwähnte Beispiel von der Leinwand anführt, zugleich aber bemerkt, daß dasselbe „die Werthbestimmung von Preis und Werth leicht herbeiführen kann“ (scheint mir auch so!), weshalb er „die für Getreide besser zutreffende Erläuterung“ beifügt. Bei letzterem Exempel kommt er nämlich unvermerkt auf gute und schlechte Ernten zu sprechen. Bei diesen aber tritt die Werthveränderung nicht in Folge von „wechselndem gesellschaftlichen Bedarf“, der hier ruhig derselbe bleiben kann und meist auch thatsächlich bleibt, sondern in Folge der veränderten Durchschnittsarbeitszeit ein, indem ja bei einer „reichen“ Ernte auf 1 Scheffel Weizen weniger Durchschnittsarbeitszeit entfällt, als bei einer „Misernte“.

Also das Exempel vom Getreide ist nur deshalb „besser zutreffend“, weil es sich hier um wirkliche Werthveränderungen in Folge veränderter Durchschnittsarbeitszeit handelt. Mit der Werthveränderung hat Herr Schramm hier demnach vollkommen Recht; nur schade, daß er damit nicht bewiesen hat, was er beweisen wollte: „Werthveränderung in Folge von „wechselndem gesellschaftlichen Bedarf“.“

In einem Artikel in Nr. 4 der „Zukunft“ meint Dr. Schramm im Gegenjatz zu seinen obigen Ausführungen wieder, das Getreide (Mais) erhalte durch die schlechte Ernte einen „Seltenheitswerth“ als Agrio, als ob es solcher Hülfsmittel überhaupt bedürfte. Wir werden später sehen, was es mit dem ganzen Begriffe des „Seltenheitswerths“ eigentlich auf sich hat.

Dieses Exempel mit den Getreiderenten scheint überhaupt ein wahrer Stein des Anstoßes, aber den man gar zu leicht stolpert. Denn auch Herr Prof. Schäffle fragt in seiner „Quintessenz“, um uns die Unmöglichkeit der sozialistischen Gesellschaft auf der Basis unerer jetzigen wissenschaftlichen Theorien so recht ad oculos zu demonstrieren, wie denn das werden solle, „wenn z. B. der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brod verlangt.“ Natürlich ist nur wenig davon da. Trotzdem aber könne ihm doch „der Sozialistenschief“ *) nicht irgend einen andern gleichwerthigen

*) Da Herr Prof. Schäffle hier von „Sozialistenschief“ spricht, so sei bei dieser Gelegenheit ein für allemal daran erinnert, jedem denkenden Sozialdemokraten als arge Ungereimtheit bekannt, von Seiten her aber, die sie gebrauchen von einer völligen Unkenntnis der Grundbedingungen und der Verfassung des freien Volksstaats zeu-

*) Berichtigung. In der Uebersicht der Art. I. und II. ist zu lesen: sozialistische Werththeorie statt: „soziale“ Werththeorie.

Gegenstand, „nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten“, sondern der „Sozialbürger“ werde auf dem ihm vor Allen nötigen Brod bestehen. Und da dieses gemäß der sozialistischen Werttheorie, wonach jede Waare nur die in ihr enthaltene Arbeitszeit werth ist, trotz des geringen Vorraths doch wohlfeil sein wird, dem Sozialbürger aber zwischen gleichwerthigen Waaren natürlich die Wahl freistehen muß, so werde man ihm das Brod widerstandslos hingeben müssen. Wo aber, meint Herr Prof. Schäffle, das so rare und der Theorie zu Liebe doch wohlfeile Brod für Alle hernehmen? Die zuerst Gekommenen werden es zu billigem Preis weggerafft haben und die Uebrigen dann dafür Hungers sterben können. Deshalb, meint Herr Prof. Schäffle, werde in solchem Falle „dem, welcher das besonders begehrte Brod verlangt . . . eine Tasse über den Kopfenwerth (d. h. über die im Brode enthaltene Arbeit) vorgesezt werden müssen“ (also analog dem Schramm'schen „Seltenheitswerth“), „damit das Wangeltube, aber Begehrtere, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne.“

Herr Prof. Schäffle merkt also gleichfalls nicht, daß ja schon durch die schlechte Ernte selbst der „Kostenwerth“ des Brodes entsprechend gestiegen ist, da doch nach einer solchen auf das einzelne Brod mehr Arbeitszeit entfällt, als bei einer ergiebigen, daß es also keineswegs erst einer besonderen „Taxe“ bedürfen wird, um den Werth des Brodes den geringen Vorräthen entsprechend festzustellen.

An diesem einen Beispiel mag Herr Prof. Schäffle gefälligst ersehen, daß die heutige „Deonomie des Sozialismus“ doch wohl nicht so vollständig bloße „Utopie“ ist, wie sie ihm vor kommt, und daß am Ende weniger wir es sind, die unsrer „Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwerth der Güter von Grund aus zu corrigiren“ haben werden, als vielmehr Herr Prof. Schäffle, der sein Verständniß dieses „Fundamentalsatzes“ zu „corrigiren“ haben dürfte.

Was nun aber die Auslegung des Ausdrucks „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ durch Herrn Schramm betrifft — um nach dieser Abschweifung auf unsern Gegenstand zurückzukommen — so sind, wie ich oben nachzuweisen versuchte, Herr Professor Schäffle sowie die „Zukunft“ vollständig im Rechte, wenn sie dieselbe zurückweisen.

Haben sie damit auch gegen die sozialistische Werttheorie selbst recht?

Das werden wir im nächsten Artikel zu erkennen versuchen.

Molke glossirt von einem Gemeinen.

Hamburg, 12. März.

Ueber die achtzehnte Sitzung des deutschen Reichstags bringt das „Hamburger Fremdenblatt“ einen Bericht, in welchem die Rede des Grafen Molke wiedergegeben wird. Es würde hier zu viel Raum in Anspruch nehmen, die ganze Rede zu wiederholen, darum begnüge ich mich mit einigen Sätzen derselben. Abg. Molke sagt nach dem Bericht des „Hamburger Fremdenblattes“: „Der General v. Manteuffel ist, wie alle unsere Generale, nicht reicher aus Frankreich zurückgekehrt, als wie er hinarthschirt ist! (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren, wenn ein Truppentheil Ersparnisse an seinem Menagefonds macht, so verbleiben diese bestimmungsmäßig zu seiner Verfügung. Hier handelt es sich um eine große Menageersparnis, die ein Theil der Armee gemacht hat, eine schon in ihrem Entstehen durchaus interne Angelegenheit der Truppenverwaltung. Es kann ja nicht in Frage gestellt werden, daß der General v. Manteuffel vollständig befugt war, alle die Summen, die ihm vermöge des getroffenen Abkommens zustoßen, auch vollständig an die Truppen zu verausgaben. Er konnte die Ersparnisse summarisch an die vier Divisionen vertheilen, oder er konnte jedem Mann noch 5 Silbergroschen zulegen; dann war heute von Ersparnissen überhaupt nicht die Rede. Er hat das nicht für zweckmäßig erachtet, nicht für gut, weil dadurch die Aufrechterhaltung einer strengen

genden Bezeichnungen entgegengerieten. „Chef“, Herr Professor, wird es im Volkstaat nicht geben. Dort wird man nie glückliche und freie Bürger kennen, die sich in ihren autonomen unter einander überlitterten Kommunen auf öffentlicher Versammlung selbst regieren, selbst Gesetze geben, selbst Recht sprechen — ein „Selbsovernement“ in der verwegenern Bedeutung des Wortes; und derjenige, der ein Erbthum der alten Gesellschaft, sich ja etwa erfreuen sollte, irgend etwas mehr sein zu wollen, als wir Alle, oder gar „Chefs“ spielen zu wollen, dem werden gar bald Mores gelehrt werden.“

Anmerkung des Verfassers.

Die Lage der ländlichen Arbeiter in Posen.

Die Provinz Posen haben sich deutsche und ausländische Potentaten, Magnaten und Welbaristokraten bereits seit Jahrzehnten angeeignet, um dort ihre „Spargrößen“ in Grund und Boden anzulegen. Ein großer Theil der polnischen Grundbesitzer hatte sich theils durch Beihilfung an den polnischen Revolutionen, theils durch andere Umstände zu Grunde gerichtet und war gezwungen, seine Besitzungen loszuschlagen. Vielfach trat der preussische Fiskus als Käufer auf und überließ die erstandenen Güter unter günstigen Zahlungsbedingungen an deutsche Einwanderer; meist aber erwarben die oben erwähnten Geldbesitzer, unterstützt durch kolossale Baarmittel, Flächen von meilenweiter Ausdehnung für einen verhältnismäßig geringen Preis. Ich nenne nur den König der Niederlande, seinen Bruder Heinrich, den Großherzog von Baden, Herzog von Coburg, den Grafen Stollberg-Berningerode. Man müßte glauben, wenn man diese Herren und die meisten anderen deutschen Einwanderer in den Besitzungen und Bäckern als die Träger der Cultur und Humanität schildern hört, daß sich auch die Lage der ländlichen Arbeiter gegenüber der früheren reinpolnischen Zeit gebessert habe — dies ist aber nur in wenigen Fällen geschehen. Denn die Großgrundbesitzer suchen ihre deutsche Mission mehr in der höchsten Verzinsung ihres Anlagekapitals, als darin, die materielle und geistige Lage des Volks, insbesondere des armen Arbeiters, zu heben. Die Mehrzahl derselben hat nämlich die Gütermassen, die zu einem Preise von 30 bis 100 Mark pro Morgen (1 Morgen = 180 Quadratruthen) oder 1/4 Hektare angekauft sind, zu einem Preise von Mark 7,50 bis 15 pro Morgen in Flächen von 1000 bis 3000 Morgen an deutsche Landwirthe verpachtet. Nimmt man das Anlagekapital mit 100 Mark pro Morgen an und den Pachtzins zu 15 Mark, so ist dies gleich einer Rente von 15 Prozent. Außerdem haben die Pächter eine Caution zu stellen und das Pachtgeld in halbjährigen Raten im Voraus zu entrichten. Die Pächter rekrutiren sich aus deutschen Landwirthen, deren Kapital zum Betrieb ihres Gewerbes in den westlichen Provinzen wegen des zu hohen Bodenpreises nicht ausreichte. Im Vertrauen auf ihre Intelligenz, aber ohne Kenntniß der Landesprache und der Lokalverhältnisse, beginnen sie ihre Thätigkeit. Da sie den größten Theil ihres Vermögens auf Stellung der Caution und auf Vorausbezahlung der halb-

jährigen Pacht verausgabt haben, so treten recht bald mißliche Verhältnisse ein, denn Credit giebt es nicht, oder er ist nur mit Wucherzinsen (bis 150 Prozent) zu haben. Sie können weder leben noch sterben, und nachdem sie einen schönen Theil ihres Lebens sich geplagt haben, verlassen sie die Provinz, in der sich ihre „hohen“ Verpächter in ihr Vermögen getheilt haben, verarmt und versucht von Duhenden von Arbeiterfamilien, an denen sie verdienen wollten, was sie Zinsen lassen mußten.

An die eben geschilderte Art von Gutsherren schließen sich die deutschen Besitzer an, welche sich mit wenig Mitteln und viel Selbstvertrauen Ländereien gekauft statt gepachtet hatten. Beide suchen durch rücksichtslose Ausbeutung der Kräfte ihres Gesindes und ihrer Arbeiter, durch die Kürzung der Löhne und des Verdienstes den wirtschaftlichen Tod von sich fern zu halten.

Nun, die ganze Provinz wimmelt doch nicht von diesen Existenzen? Es giebt gewiß wohlhabende, unabhängige und edelndeckende Besitzer und Pächter, die ihre Arbeiter gut halten und ihnen wenigstens soviel zu verdienen geben, daß sie sich bekleiden und gut ernähren können? — Vieber Leser! diese Herren kannst Du mit der Laterne suchen!

Die also Situirten beschönigen ihren Eigennuß mit der Phrase: „Man kann doch die Preise nicht verberben; man muß die Leute nicht vermögen; denn der Kerl gehorcht besser, wenn er gerade sein Leben fristet.“ „Und für Schulbildung sorgen? Das wäre ja die größte Thorheit! Man werde doch aus dem Gesindel keine Gelehrten machen, damit schließlich kein Mensch mehr arbeiten wolle. Man erweise nicht einmal den Menschen eine Wohlthat, wenn man sie zu viel lernen lasse; denn sie lernten Ansprüche machen, die sie nicht befriedigen könnten.“

In diesem Bestreben, die Leute in Unkenntniß über ihre eigene Lage zu erhalten, werden die „gnädigen“, „vermögenden“, „vielvermögenden“, „erleuchteten“ Herren eifrig von den Dorfgeistlichen und selbst von den Lehrern unterstützt. Da die letzteren sehr schlecht besoldet sind, sind sie froh, wenn sie für den geringen Gehalt nicht viel zu thun brauchen.

Dies sind die Elemente, in deren Händen sich das Wohl des polnischen ländlichen Arbeiters befand und bis auf den Schulmeister, dem jetzt etwas mehr auf die Finger gesehen wird, sich noch befindet.

Die ländlichen Arbeiter der Provinz kann man in drei Klassen einteilen:

18 Broden vor dem Felde des Compagnieführers „antreten“; derselbe nahm sein Taschenmesser, zerschneidte sämtliche Brode, suchte allenthalben das Trockene aus der Mitte heraus und warf es in sein Feld; die anderen Broden wurden dann an die Mannschaften vertheilt. — Den 11. bekam unsere Compagnie einen Schiffszweckel, von welchem Jeder einmal abbekommen durfte; wer keine guten Zähne hatte, bekam Nichts. Ich kann wohl sagen, daß diese Zeit betreffs der Verpflegung die schlimmste war. Wenn der Hunger groß war, sagte man uns, wir sollten uns nur zufrieden geben, es giuge nicht anders, nach dem Kriege werde uns alles, was uns an Verpflegung abgegangen sei, in baarem Gelde bezahlt werden; leider haben wir keinen Pfennig bekommen.

Ich will nur noch eines Faktums erwähnen. Soldaten, welche, da die Menage fehlte, einige Kartoffeln ausgruben, wurden empfindlich bestraft; zur Bereitung der Streu für das Pferd des Hauptmanns wurden die noch ungedroschenen Getreidegarben genommen. Commentar unnöthig.

Der Abgeordnete Molke sagt weiter, General Manteuffel habe es nicht für zweckmäßig, nicht für gut erachtet, die Ersparnisse summarisch zu vertheilen, weil dadurch die Aufrechterhaltung einer strengen Disziplin erschwert worden wäre; er wollte aus dem Aufenthalt in Frankreich für die Truppen nicht ein zweites Capua machen. Recht schön! Ueber die Disziplin und deren Handhabung kann ich und die meisten Soldaten ein Viechen singen. Bei den „gemeinen“ Soldaten wurde die Disziplin aufrecht erhalten, die Offiziere machten sich ein „zweites Capua“ selbst. Hier ein Beispiel, welches leider verhandelt werden könnte. Im Monat Mai 1871 befand ich mich in Bitch auf Thierwache. Ein Mann, der Fahnwache hatte, erzählte nach seiner „Ablösung“, drei betrunkenen Offiziere, deren Namen er nannte, hätten die Jalousien und das Schaufenster einer geschlossenen Wirthschaft, welche dem Hause, in dem der Major wohnte und vor welchem der erwähnte Posten stand, gegenüberlag, zertrümmert und sich nach dieser Heldenthat aus dem Staube gemacht. Der Postenfürer erklärte, daß, wenn ihm dieser Fall dienstlich gemeldet würde, er die weitere dienstliche Meldung veranlassen wolle. Der Soldat, der auf Posten stand, wollte aber die dienstliche Meldung nicht machen, weil zwei der Offiziere unserer Compagnie angehörten. Die Folgen der unterlassenen Meldung hatte einige Tage später die Mannschaft zu tragen. Es erschien nämlich ein Garnisonsbefehl, welcher uns kund und zu wissen that: „da sich in den letzten Tagen „Soldaten“ im trunkenen Zustande des Abends auf den Straßen herumtreiben und Excese verüben, wird der Urlaub beschränkt und verschärfter Nachdienst und mehr Patrouillendienst eingeführt.“ Die Disziplinslosigkeit, um einen gelinden Ausdruck zu gebrauchen, der Herren Offiziere mußte mit einer Disziplinschärfung für die Mannschaft wieder gut gemacht werden.

Der Abgeordnete Molke sagt weiter: „Die Milliarden hat die Armee erobert, die Millionen hat sie erspart.“ Ja wohl, die Armee hat erobert und erspart, aber die Leute, aus denen der größte Theil der Armee zusammengesetzt war, die Landwehr und Reserve, diese mußten nach Hause gehen und die Schulden abarbeiten, welche während des „heiligen Krieges“ von Weib und Kind gemacht werden mußten. Fast hat es den Anschein, als ob nach der Ansicht des Abgeordneten Molke die Armee erst beim Offizier anfange, und die Unteroffiziere und „Gemeinen“ nur so eine kleine Beigabe wären, welche zu sparen und unter Umständen zu darben verpflichtet ist, damit der „Armee“ Dienstwohnungen und Tafelporzellan angeschafft werden können.

Die Armee — ich meine hier, im Gegensatz zum Abgeordneten Molke, die „Gemeinen“ und Unteroffiziere — hat im „heiligen Kriege“ freilich „gespart“, aber sie hat zu Zeiten auch gehungert. Dieses Umstandes mögen sich gewisse Herren erinnern, wenn sie das aus den ersparten Geldern angeschaffte Tafelgeschirr gebrauchen werden. Sie mögen von feinen Tellern speisen, dabei aber nicht vergessen des Sprichworts: Tempora mutantur! (Die Zeiten ändern sich.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wirren und kein Ende. Selbst die zahllose national-liberale Mannesseele, selbst die unterthänigste nationalliberale Zeitung kann sich kaum mehr halten und quittirt ihren Born über die Leiter der deutsch-preussischen inneren Politik aus. „Wirrwar“, „Versumpfung“, das sind noch die gelindesten Worte,

Erstens der sogenannte freie Arbeiter; derselbe ist durch nichts zu Dienstleistungen auf dem Gutshofe verpflichtet, wohnt im Dorfe und kommt in Arbeit, wenn er Zeit oder Lust hat; — daher wird er, falls es an Arbeitern mangelt, durch einen höheren Lohnsatz angelockt, während er in weniger drängender Zeit nach Hause geschickt wird. Der Mann verdient durch das Winterhalbjahr 50 — 60 Pfennige, das Weib und das Mädchen 25 — 30 Pf. pro Tag; im Sommer der Mann bis 100 Pf., die Frau aber 35 — 50 Pf.

Erwähnen will ich gleich hier, daß Affordarbeiten wenig im Brauch sind, und daß die Arbeiter sehr mißtrauisch gegen das Anerbieten von Afford- (Contract-) Arbeiten sind; und das mit Recht. Denn einerseits sind die Leute außer Stande, sich selbst den Verdienst nachzurechnen, und werden hieran, falls dem Arbeitgeber der Satz nachträglich zu hoch erscheint, ohne Weiteres gekürzt; andererseits passieren noch andere Dinge. — So sollte der Gutspächter R... zu B. im Kreise Krotoschin, als er wegen Arbeitermangels und schlechter Lohnsätze im Jahre 1874 kaum seine Kartoffelernte bewältigen konnte, eine größere Anzahl Menschen in die Arbeit, versprach den Leuten einen Affordsatz von 10 — 15 Pf. pro Scheffel geernteter Kartoffeln, dehnte unter allerlei Vorpiegelungen den Zahlungstag vier Wochen bis zur Beendigung der Ernte aus und zahlte dann den Leuten durchweg einen Lohn von 40 Pfennigen pro Tag aus, obgleich sie 60 — 180 Pf. verdient hätten; dieser letztere Verdienst wäre auch noch nicht zu hoch gewesen, da die Arbeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang währte. — Als ein Knecht sich beschwendene Einwendungen im Interesse seiner Frau und Kinder erlaubte, erhielt er zunächst Prügel und wurde sofort aus seiner Wohnung und seinem Dienst gejagt. Außer diesem Manne hat Keiner sein Recht anderweitig gesucht, weil der gewöhnliche Mann durch hundertjährige Knechtschaft allen Muth verloren hat.

Die zweite Art von Arbeitern bilden die sogenannten Gärtner; sie besitzen im Dorfe eine Hütte, einen „Garten“ daran von einigen Quadratruthen (daher der Name) und bis 2 1/2 Morgen Acker auf der Dorfsiedmar. Hier von kann eine Familie nicht existiren. Der Mann geht daher mit der Gutsheerrschaft folgenden Contract ein: Er bekommt einen Morgen aus Kartoffelland, vom ausgebrochenen Getreide den 15. — 17. Scheffel als Verdienst, vom Wiesenmähen 50 — 70 Pf. pro Morgen, vom Mähen des Wintergetreides 1,20 Mark pro Morgen (einschließlich seiner Frau als Abbräuerin), des Sommergetreides 80 Pf. bis 1 Mark.

die man zu hören bekommt. Die Minister sind sämtlich krank, da sie sich nach Bismarck's Worten, wie die Sperlinge über den Hanssamen, über ihre Arbeit gestürzt hätten; wir glauben an andere Ursachen der „Krankheit“. So lange Herr v. Bismarck in Bargin sich befindet, werden die Herren Amtscollegen sämtlich munter und freudig, und jetzt lassen sie, wie kranke Vögel, die Köpfe hängen! — Ein schlesischer Freiherr von Ludwig veröffentlicht in der „Post“ eine „offene Bitte an die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstag und Abgeordnetenhause: an irgend eine Weise dafür erfolgreich zu sorgen, daß von jetzt ab in den Sitzungen der Reichs- und Landtage möglichst jene aufregenden oder in malitioser Weise sich kundgebenden Redaktionen vermieden, wenigstens nicht von einer und derselben Person wiederholt werden können, welche voranschicklich die ohnehin geschwächten Nerven des Reichskanzlers aufreiben müssen.“ — Wir geben dem Bismarckverfehrer den Rath, sich die Wahrheit des altdeutschen Sprüchleins vor Augen zu halten, welches lautet: „Wie man in den Wald schreit, so hallt es aus demselben zurück.“ Es würde keinem Abgeordneten einfallen, den Herrn von Bismarck in „malitioser“ Weise anzugreifen, wenn, ja wenn — —. Ob nicht die „geschwächten Nerven des Reichskanzlers“ auch hin und wieder Veranlassung zu den „Krankheiten“ der Minister geben? — Uebrigens haben die National-liberalen selbst den einzigen Minister, der constitutionelle Anwandlungen hatte, den Herrn Camphausen zum Abtritt gezwungen, er will nach Italien reisen, während der hochconservative beurlaubte Minister Eulenburg aus Italien zurückkehrt. Leonhardt, Friedenthal und selbst Falk denken an den Rücktritt, während der conservative frühere Herrenhauspräsident Graf Otto Stollberg zum Vizekanzler designirt ist. Unsere Kulturkämpfer sind außer sich, da ferner Kaiser und Papst sich durch freundliche Briefe nähern — Windthorst (Meppen) sieht schon seine conservativ-clerikale Aera auftauchen, und nicht lange wird es mehr währen, daß Bismarck ihm den Bruderkuß giebt. Windthorst wäre sicher ein fähigerer Cultusminister als Falk. Bei den nächsten Wahlen aber werden die Liberalen von den vereinigten conservativ-clerikalen Anhängern Bismarck's „an die Wand gedrückt, daß sie piepfen.“ — Wir freuen uns darüber, daß endlich einmal reiner Tisch mit den heuchlerischen Mittelparteien gemacht wird — entweder, oder — das soll einen herrlichen Wahlkampf geben!

— Das Leichenbegängniß unseres Genossen Heinsch ist der „Berliner Volkszeitung“ zu Kopfe gestiegen. Bisher fanden wir Gelegenheit, das Blatt hin und wieder als ein relativ anständiges bezeichnen zu können, doch nun ist kein Halten mehr: „Der Raftentritt der Arbeiterbataillone“ hat bewirkt, daß die Halle wieder einmal der „Volkszeitung“ zum Hirne gedrunge ist; daß dadurch Gehirnweichung gewöhnlich erfolgt, ist bekannt. In einem galligen Artikel: „Die Sozialisten im Reichstage“, ist das Blatt ärgerlich über diejenigen nichtsozialistischen Abgeordneten, welche den sozialistischen Anträgen ihre Unterstützungstimmen verleihen — das Blatt steht also in seiner Agitation gegen die Sozialdemokratie noch unter dem Herrn Valentini. Daß die „Volkszeitung“ ihre Geistesheroen, Max Hirsch an der Spitze, über die sozialistischen Abgeordneten setzt, kann Niemand diesem plötzlich gebrannt gewordenen Blatte verübeln; nur das Eine zeugt noch von einer gewissen Schamtheit, daß die „Volkszeitung“ bebauert, daß die Sozialisten in neuerer Zeit als einen wesentlichen Theil des politischen Kampfes erachten, das Privatleben ihrer politischen Gegner zu verläumdern, wir erinnern an die Abg. Zimmermann, Ludwig Böve und von Sauten-Tarpußchen. Die Schamtheit liegt darin, daß die „Volkszeitung“ den früheren Abg. Dunder und sein Privatleben ignoriert und ferner, daß sie verheimlicht, daß sie und ihre Partei nicht allein neuerdings, sondern immerwährend das Privatleben der Sozialisten verleumdete haben und noch immer verleumdern. Wir erinnern nur an die wahrhaft boshaften und niederträchtigen Angriffe der „Volkszeitung“, die seiner Zeit diese elende „Wadenkneiferin“ auf Bassalle gemacht hat, auf Laßalle, dem gerade von früher her diese ganze fortschrittlich-demokratische Gesellschaft zu Dank verpflichtet war. — Uebrigens ist es sehr fraglich, ob es lediglich zum „Privatleben“ gehört, wenn zwei Abgeordnete auf eine höchst eigenthümliche Weise sehr schnell reich werden oder wenn ein anderer Abgeordneter seine Arbeiter mit der Reitpeitsche prügelt.

Von 11 sozialistischen Abgeordneten (Webel befindet sich im Gefängniß) haben in dieser Session schon 7 geredet — die „Volkszeitung“ aber hält sich darüber auf, daß unsere Partei

Nach meinen Berechnungen stellt sich der Verdienst eines Wärtner's auf noch nicht 1 Mark pro Tag im Jahresdurchschnitt, weil er im Tagelohn im Winter 60—60 Pf., im Sommer 60—75 Pf. pro Tag einnimmt; rechnet man nun 52 Sonntage, wenigstens 10 Feiertage und 70—80 Regentage ab, die nach beendeteter Scheunenarbeit eine Beschäftigung im Freien nicht gestatten, so kann sich Jedermann die Nichtigkeit meiner Annahme klar machen, wenn er noch als den Ertrag an Kartoffeln von dem erwähnten Morgen auf 75 Scheffel (sehr viel!) zum Werthe von 75 Mark annimmt.

Das Familiengeld verdient also im Jahre 324—360 Mark. Von den Familiengliedern, im Durchschnitt 4 Personen außer dem Manne, ist noch eins als erwerbsfähig anzunehmen mit 200 Arbeitstagen und einem Durchschnittsverdienst von 30 Pf. pro Tag, macht 60 Mark; der Ertrag von 2¹/₂ Morgen (incl. Garten) eigenen Bestandes kann höchstens mit 30 Mark pro Morgen, gleich 80 Mark, angenommen werden, macht pro Jahr 500 Mark; davon ab Steuern, Gemeindefaßten (Pfarrer, Kirche, Schule und Lehrer, Käster, Dorfwächter) und Kreisabgaben 60 Mark, bleiben 440 Mark zur Ernährung und Bekleidung einer Familie von sechs Personen pro Jahr, oder 1 Mark 50 Pf. pro Tag.

Die Kost besteht: früh aus Schur (zur); dies sind zu drei gekochte Kartoffeln mit Essig vermischt, dem an Festtagen ein Stück Fett oder Speck zugelegt wird. Zweites Frühstück wird nur während der Ernte zu sich genommen; da aber das Dominium bereits im Mai eine halbe Stunde (von 8 bis 8¹/₂ Uhr) Frühstückszeit gewährt, so wird ein Stück Brod oder ein Topfschen Schur mitgenommen, um diese Zeit auszufüllen.

(Fortsetzung folgt.)

— Die jüngste Nummer des „Klabberblatt'sch“ bringt folgendes Gedicht in Bezug auf das Leichenbegängniß des Genossen Heinsch:

Für die Sozialdemokraten.

Daß neulich Lust und Ordnung sie gehalten
Bei ihrem Aufzug, laßt es uns gesehen.
Ein gleicher Geist der Ordnung möge walten,
Bei uns, wenn wir in solchen Massen geh'n!
Wir wollen gern den Beifall ihnen gölten,
Der ungerecht scheint nur den Thoren.
Es sind verloren,
Die nicht vom Segner lernen wollen.

sich an den Debatten theilhaftig. Wir haben eben keine Schwächer unter unseren Abgeordneten à la Richter, wir haben keine Schwächer „Staatsmänner“ unter uns à la Hofmann; unsere Abgeordneten können zu jeder Zeit, jeder an seinem Platze, sich sämtlich an den Reichstagsdebatten theilhaftig, während gera— die Fortschrittspartei die „tiefsinnigsten Schweiger“ besitzt.

Das gebirgskranke Blatt schenkt uns in einem Vortitel „Die Furcht der Gutzehnten“ übrigens reinen Wein ein; auch dieser Artikel bezieht sich auf das Heinsch'sche Leichenbegängniß. Nachdem es sich gegen die sogenannten Gutzehnten, welche die Sozialdemokratie mit Feuer und Schwert vertilgen wollen, gewandt hat, schreibt es wörtlich:

„Man spricht von Gefahren, welche die Sozialdemokratie heraufbeschwört, aber man verkennt sie in ihrem wirklichen Charakter. Die Gefahr liegt nicht darin, daß einmal die Sozialdemokratie ihre Waffen aufheben könnte zu einer siegreichen Revolution, sondern darin, daß sie die wirklichen Schäden aufdeckt, über welche die Volksvertretung mit ohnmächtigem Achselzucken hinweggeht, daß sie Gebrechen vor den Augen des Volkes in greller Weise enthüllt, welche selbst freisinnige Parteien in falschem Patriotismus schweigend dulden.“

Ist das nicht ein grabesu köstliches, aber auch zugleich von Gehirnweichung zeugendes Eingeständniß! Also nicht in einer blutigen, siegreichen Revolution liegt die Gefahr für die Gesellschaft — die Revolution kann ja nachträglich vom Militär niedergeschlagen werden — nein, die Gefahr für die Gesellschaft liegt in der Aufklärung des Volkes, die von der Sozialdemokratie energisch betrieben wird, sie besteht darin, daß die Sozialdemokratie die wirklichen Schäden des Volkes aufdeckt, wozu die anderen, auch die freisinnigen Parteien inclusive der Fortschrittspartei, zu faul, zu feige, zu gewissenlos sind, wozu die anderen Parteien sich auch nicht berufen fühlen, weil dies „Aufdecken“ gegen ihre Interessen sich richtet.

Wäre der „Volkszeitung“ das Leichenbegängniß unseres Genossen Heinsch nicht zu Kopfe gestiegen, so hätte sie jene Artikel, die ihr bei Freund und Feind nur grenzenloselame eingebracht, sicher nicht geschrieben. — Wöge der Gesundheitszustand dieser Kerlchen sich bald bessern, sonst ist sie rettungslos verloren — wenn sich der Terzium mit der Schwindsucht noch verbindet, dann ist die Heilung allerdings sehr schwer.

— Arbeiterisiko. Daß der Arbeiter ein weit größeres Risiko hat als der „Unternehmer“, haben wir schon unzählige Male nachgewiesen; hier aus vielen Fällen wieder einer, welcher beweist, daß der Arbeiter gezwungen ist, entweder Gesundheit und Leben im Interesse des Kapitals zu riskiren, oder aber brotlos zu werden. Auf einem Baue in Montreux (Schweiz) wurde ein Arbeiter angewiesen, auf dem Dache gewisse Arbeiten vorzunehmen. Da kein Gerüst angebracht, die Arbeit daher lebensgefährlich war, weigerte sich der Arbeiter, das Dach zu bestiegen, wofür er sofort entlassen wurde. Ein anderer Arbeiter, welcher beauftragt wurde, die Arbeit zu verrichten, sagte sich — um nicht brotlos zu werden — der Anforderung und bestieg das Dach; aber kaum hatte er die Arbeit begonnen, so stürzte er — wegen Mangel eines Gerüsts — vom Dache herab und mußte schwer verletzt, in das Krankenhaus geschafft werden, wo er schon seit mehreren Wochen liegt und wahrscheinlich für sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird. Der Unglückliche ist Vater von vier Kindern. — Dieses eine Beispiel spricht für Hunderte und zeigt, welches Risiko die Arbeiter haben und wie niedrig das Leben derselben angeschlagen wird. Das Gerüst hätte Geld gekostet, das Leben des Arbeiters kostete dem „Unternehmer“ nichts.

— „Billigeres Brod!“ — Diesen Ruf hört man jetzt besonders oft und laut bei den Arbeitern der Schweiz. Als ein Mittel, billigeres Brod zu erhalten, soll der Staat angefordert werden, den Getreidehandel selbst zu übernehmen. Die Arbeitervereine des Kantons Zürich gehen voran und ergreifen, gestützt auf den Artikel 29 der Verfassung, die Volks-Initiative, indem sie vorschlagen, daß dem gesammten Volke die Frage seitens der Regierung vorgelegt werde: „Soll der Staat den Getreidehandel in die Hand nehmen?“ Dieser Vorschlag aber muß von 5000 Stimmen unterstützt werden und diese werden gegenwärtig gesammelt. Das „kantonale Comité der Arbeitervereine, Gewerksvereine und Gratiivereine des Kantons Zürich“ hat nun dieshalb einen Aufruf erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Nur der kleinste Theil des im Kanton Zürich gebrauchten Getreides, des wichtigsten und unentbehrlichsten aller Lebensmittel, wird im Lande selbst hervorgebracht — der bei weitem größte Theil wird vom Auslande eingeführt. Die Beschaffung und Einfuhrung des Getreides liegt in den Händen des Handels und der Spekulation und sie bildet ein stets sehr ertragsreiches Gewerbe.“

Händler und Spekulanten kaufen das Getreide in Ungarn, Rußland u. s. w., sprechen es auf und suchen es zum höchstmöglichen Preise wieder zu verkaufen. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Getreidehandel ein Großhandel ist und daß es daher nur Wenige sind, die ihn schwunghaft betreiben können. Dies hat weiter zur Folge, daß dabei die Konkurrenz, welche geeignet wäre, das Volk vor künstlich hohen Preisen zu schützen, fast ganz beseitigt wird und daß faktisch die Einfuhr und der Großvertrieb von Getreide ein Monopol weniger großer Handlungshäuser ist, die bei einer Verständigung unter einander ganz leicht die Getreidepreise, trotz guter Ernten und großen Vorräthen, künstlich hoch halten können.

Es wird also mit dem Getreide, dem täglichen Brode des Volkes, ein unerhörtes Wucher getrieben — ein Wucher, bei dem wenige Händler und Spekulanten in kurzer Zeit riesige Vermögen gewinnen, während dem Volke das notwendigste Nahrungsmittel vertheuert wird. Wögen die Ernten noch so gut sein, mag die Mutter Erde noch so reichlich die goldenen Aehren hervorbringen — der Segen kommt nur den Großhändlern und Spekulanten zu Gute, die es verstehen, den Preis in der Höhe zu erhalten und lieber die wüthende Frucht in den Speichern und Lagerplätzen massenhaft zu Grunde gehen lassen, ehe sie dieselbe billiger abgeben.“

Man werden noch einzelne Beispiele angeführt, daß ganze Getreidelager in jüngster Zeit der Verderbniß preisgegeben, daß eine große Masse verdorbenen Getreides in den Rhein geworfen sei u. s. w. Dann weist der Aufruf darauf hin, daß der Staat schon den Salzhandel betreibe, und schließt mit folgenden Worten:

„Vor zehn Jahren verlangte das Zürcher Volk gebieterisch billigeres Salz und seine Forderung kam zur Geltung. Wenn heute alle die, welche sich um ihr tägliches Brod abmühen und absorgen müssen, mit uns einstimmen in den Ruf: „Billigeres Brod“, dann werden die Behörden auch da Rath schaffen müssen und es wird ihnen ganz leicht möglich sein. Es braucht dazu kein eigenes Gesetz, sondern einfach nur eine Vollziehungsverordnung.“

— Bildungsproben eines Moltke'schen Pöglings. Ein Soldat des 4. Chevaulegers-Regiments zu München wurde von einem Sergeant Namens v. Guerin derart mißhandelt, daß ihm aus Mund, Nase und Ohr das Blut floß, auch war das Trommelfell des einen Ohres gerissen. Der Schwermißhandelte kam im Militär-Lazareth, wo er nach 4 Monaten am — Typhus starb. Und der „Held“ des Dramas — der übrigens aus preussischen in bayerische Dienste übergetreten war —? der kam mit ganzen drei Monaten Gefängniß davon.

— Die Pariser Arbeiter erlassen in der „Egalité“ folgende Einladung an die Arbeiter aller Länder zum Besuch der Weltausstellung in Paris:

„Die Pariser Arbeiter, welche nicht vergessen haben, welche brüderliche Aufnahme ihre Delegation auf den früheren Weltausstellungen zu London 1868, zu Wien 1873 und zu Philadelphia 1876 zu Theil geworden ist, sind damit beschäftigt, den Arbeiter-Delegationen Englands, Deutschlands, der Schweiz, Belgiens, Italiens u. s. w., welche die Pariser Weltausstellung besuchen werden, den bestmöglichen Empfang zu bereiten. Zu diesem Zweck ist eine Initiativ-Commission gebildet worden, bestehend aus der Bürgerin Josephine André und den Bürgern Amand, Corfin, Dupire, Mercier, Oligier, Hermann und Sarnel. Dasselbe wendet sich an alle Gewerkschaften und Arbeitergruppen, je einen Delegirten zu ernennen und zum 1. April nach Paris zu senden, woselbst die Wahl eines Directoren-Comités vorgenommen werden wird. Diefem Comité wird neben der Berathung der Mittel und Wege zur Aufnahme der fremden Delegirten auch die Aufgabe übertragen werden, den auf dem Vponer Congreß beschlossenen internationalen Arbeiter-Congreß während der Ausstellung zu organisiren.“

— Barbarisches Vorgehen der Russen. Selbst die so ruffenfreundliche „Frankfurter Zeitung“ bringt einen Bericht aus Wien, der folgendermaßen lautet:

„Ueber die Schicksale des längere Zeit vermißten Dr. Schüding, des Sohnes des bekannten Schriftstellers Levin Schüding, erzählt die „Medicinische Wochenschrift“ die nachstehenden Details, welche neuerdings das barbarische Vorgehen der Russen gegen wehrlose Personen und die Verletzung der Genfer Convention beweisen. Dr. Schüding war in kaiserlich osmanischen Diensten und dem Truppentheile in Etropol zugetheilt. Eine durch einen Sturz vom Pferde veranlaßte Kniegelenks-Entzündung fesselte ihn an's Bett, als die Türken den Ort verließen, in welchen die Russen einrückten, wobei aus einem Hause geschossen und ein Genodarm getödtet wurde. In Folge der De-annanziation durch einen Bulgaren wurde der des Gehens fast ganz unfähige Dr. Schüding aus dem Bette gerissen, seiner sämtlichen Habe beraubt und nach kurzem Verhör vor dem Herzog von Oldenburg namentlich wegen der Auf- findung eines sechs-läufigen Revolvers in seiner Wohnung standrechtlich zum Tode verurtheilt. Zum Glück begegnete er auf dem Wege zum Richtplatze (die Exekution sollte sogleich vorgenommen werden) zwei höheren Offizieren, welche Deutsch verstanden und die ihn einstweilen retteten, worauf er, mit Stricken gebunden, in ein Arrestkloster zu allerhand Schindeln geworfen wurde. Erst eine Depesche an seinen Vater und die von diesem eingeleitete Intervention der russischen Kaiserin veranlaßte die endliche Befreiung des durch die Mißhandlungen aufs äußerste erschöpften, ohnehin kranken Mannes, der dann über Sifstoma, Zimmica nach Bukarest geleitet wurde. Von dort kam er nach Wien, wo er an einem typhoiden Fieber in einem Separat- zimmer der Dräsche'schen Abtheilung im allgemeinen Krankenhaus liegt.“

Wir haben zu diesen Thatsachen nichts hinzuzufügen, als daß ein deutscher Prinz, der Herzog von Oldenburg, den Sohn eines deutschen Schriftstellers, der als Arzt zur Linderung der Schmerzen der Verwundeten thätig gewesen war, ermordet wurde. Und da redet mau von den gemeinsamen Banden, die das Vaterland um die Menschen schlingt!

In der „Bosnischen Zeitung“ lesen wir eine Correspondenz aus Bukarest, wo zahlreiche türkische Gefangene verweilen, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Man wird sich beileben, der Gasse ledig zu werden. Schon sind türkische Offiziere und Beamte hier eingetroffen, um sich wegen Uebnahme und Transport der türkischen Soldaten mit den rumänischen Behörden in's Einvernehmen zu setzen. Bei ihrem Abzuge von hier werden die Türken das unbestreitbare Renomme hinterlassen, daß sie selbst in der Gefangenschaft als gut disciplinirte Soldaten, sonst aber als ruhige, gesehnte und vernünftige Männer durchweg gezeigt haben. Amüsant war es, die strammen Barschen im Museum vor den Bildern stehen zu sehen, auf denen siegreich anfürmende, osmanische Reitergeschwader dargestellt sind. Mit Wohlgefallen betrachteten sie solche Gesechttsbilder und schienen die einzelnen Personen zu kritisiren, — russische Soldaten verließen sich fast nie in die bescheidene Kunststücke der rumänischen Hauptkämpfe. — Hört man aber über das Vetragen der Türken, von denen einige als ambulante Zuderwertverkäufer sich Zulage verdienen, lediglich nur Lobenswerthes, so geben sich dagegen die russischen „Kocher“, Karrenführer, die zu Tausenden sich hier und in der Umgegend angestaut haben, alle erdenkliche Mühe, den Ruf der russischen Armee zu schädigen. Die Trainschreiber bilden nun zwar bei keinem Heere gerade die Elite, die russische Gesellschaft ist aber, seitdem die Leute fast ein Jahr unterwegs sind, über die Maschinen verwildert. Tagtäglich hört man von groben Excessen, die von der gefährlichen Bande verübt worden, Mord und Todtschlag ist nichts Neues mehr dabei. Von einem Abzuge der Russen ist absolut noch keine Rede.“

Da haben wir die „uncivilisirten Türken“ im Gegensatz zu den „Trägern der Civilization“ und den „Kämpfern für das Christenthum“.

— Die internationale Reaction hat sich am 18. März wieder in ihrer Glorie gezeigt. In Berlin, in Mannheim, in Chemnitz, in Bern, in Leipzig sind Versammlungen zur Besprechung des 18. März verboten worden. Wir können uns über dieses Eingeständniß der Schwäche seitens unserer Gegner nur freuen.

Was insbesondere Leipzig betrifft, so sind uns die Motive der Polizeidirection noch nicht bekannt: das Verbot ist ohne Angabe von Gründen erfolgt. Natürlich wird Beschwerde erhoben werden, wenn unsere Genossen sich auch in Betreff des Resultats keinen Illusionen hingeben. Wir haben die Erfahrungen vom vorigen Jahre nicht vergessen. Von der gnädigen Erlaubniß der Polizei, über ein anderes Thema zu reden, konnte um so weniger Gebrauch gemacht werden, als die beiden Leipziger Amtsblätter — das offizielle und offiziöse — bereits am Morgen des Versammlungstags brüthig die Meldung gebracht hatten, die Versammlung zur Erinnerung an den 18. März sei polizeilich unterfagt.

— Nachdem bereits vor längerer Zeit das kgl. sächsische höchste Gericht über den § 193 (in dem bekannten von uns veröffentlichten Erkenntnis in Sachen Motteler's) eine Entscheidung getroffen hatte, welche den Auffassungen namentlich vieler preussischer Richter in diesem Punkt entgegenstand, ist nun auch seitens des preussischen Obertribunals in diesem Falle eine interessante Entscheidung gefaßt worden, auf die wir unsere Genossen ganz besonders aufmerksam machen. Die Magdeburger Zeitung* schrieb kürzlich: „Der § 193 des Straf-Gesetzbuches, welcher herabwürdigende Aeufserungen gegen einen Anderen „zur Wahrnehmung berechtigter Interessen“ nur insofern für strafbar erklärt, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeufserung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht, ist seitens des Obertribunals, wie wir bereits mitgeteilt haben, vor Kurzem dahin interpretiert worden, daß der Richter nicht nur das Vorhandensein einer objectiven Beleidigung, sondern auch der gegenseitigen Behauptung des Täters gegenüber, die Absicht desselben, zu beleidigen, ausdrücklich festzustellen hat. An diese Auslegung reiht sich nunmehr eine in einem Erkenntnis des Obertribunals vom 6. Februar d. J. erfolgte Auslegung der Worte: „Zur Wahrnehmung berechtigter Interessen“, wonach der Richter nur festzustellen hat, daß ein berechtigtes Interesse bei Vornahme der herabwürdigenden Handlung tatsächlich vorhanden war und der Thäter bei seiner That die Absicht hatte, dieses Interesse wahrzunehmen. Dagegen ist hierbei die Frage, ob der Thäter das berechnete Interesse aus löblichen oder verwerflichen, aus sachlichen oder persönlichen Gründen wahrgenommen hat, ohne Belang. — Mehrere Bürger in einem kleinen Orte in der Nähe von Wiesbaden hatten vor der Bürgermeisterversammlung gegen einen Candidaten in einer Eingabe an das Landrathsamt die Behauptung aufgestellt, daß der Candidat wegen Diebstahls in Untersuchung stände und daß demzufolge von der Wahl Abstand genommen werden müsse. Der Candidat fühlte sich dadurch beleidigt und beantragte, die beteiligten Personen wegen Beleidigung zu bestrafen. Die Straf-Kammer des Kreisgerichts zu Wiesbaden verurteilte auch die Beteiligten, weil diese nicht nachzuweisen vermochten, daß sie die herabwürdigende Thatsache gegen den Candidaten behauptet haben, einzig und allein, um die Gemeinde vor einem schlechten und untauglichen Bürgermeister zu bewahren. Dagegen kommt der § 193 des Straf-Gesetzbuches dem Angeklagten nicht zu Statten, wenn ihre Eingabe lediglich dem Interesse der Person eines anderen Bürgermeisterei-Candidaten oder einer Partei habe dienen sollen. Das Obertribunal vernichtete jedoch dieses Urtheil und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung in die zweite Instanz zurück zur Feststellung, ob ein berechtigtes Interesse vorhanden war und ob die Beschuldigten bei ihrer Eingabe dieses wahrnehmen wollten, indem es motivierend ausführte: „Die Unterseidung, je nachdem die Absicht der Beschuldigten, die Wahl des Privatklägers zu hinterziehen, auf löblichen oder verwerflichen, auf sachlichen oder persönlichen Beweggründen beruhte, ist für die Frage der Existenz eines Rechts oder berechtigten Interesses bei Vornahme der beleidigenden Handlung ohne Belang. Warum jemand ein Recht oder ein rechtliches Interesse zur Geltung bringt, ist nicht Gegenstand des § 193, sondern nur die Thatsache dieser Geltendmachung, und der Verurtheilte verwechselt das Motiv mit dem Zwecke der Handlung, wenn er dem letzteren keine, dem ersteren aber die ausschließliche Bedeutung beilegt. Welche anderweitige Zwecke der Thäter mit der beleidigenden Handlung noch verbunden haben mag, ist für die Straflosigkeit der Handlung aus § 193 unerheblich, so lange aus diesen Nebenzwecken sich nicht die Absicht, zu beleidigen, entnehmen läßt.“

— Genosse Hugo Schmidt aus Forst tritt am 27. d. M. eine dreimonatliche Gefängnißhaft an, welche „Strafe“ er sich durch eine zur Zeit der Reichstagswahl in Chemnitz bei Triebel gefaltene Rede zugezogen hat.

— Fromme Dummköpfe. Wenn Pfaffen und Betschweflern gegen die Freiheitsbestrebungen des Volkes zu Felde ziehen, dann werden dieselben gewiß — nicht aus der Welt verschwinden. Im Krankenhause zu Elberfeld liegt ein Genosse, welcher, da er abonniert ist, seinen „Vorwärts“ bezieht. Die „ehrwürdige Schwester“, Vorsteherin, welche skauerlich fromm ist, erlaubte sich den Empfänger des „Vorwärts“ in erregtem Tone aufzufordern, das Blatt abzubestellen, weil sie ein so „erz-sozialdemokratisches, aufreizendes, gottloses Blatt“ nicht in der Anstalt dulden dürfe. Auch würde derselbe selbst einsehen müssen, daß das Aufreizen nichts nütze u. s. w. — Wir haben bloß eine einzige Antwort: Wegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Correspondenzen.

München. Die blinde Göttin der Gerechtigkeit machte wieder einmal einen fetten Fang. Am 18. März gelangte in München der seinerzeit vielbesprochene Sozialistenprozess vor die Schranken des obersten Gerichtshofes. Da sich der Advokat weigerte, diese „sittliche Angelegenheit“ vor dem obersten Gerichtshof zu vertreten, waren die Beschwerdeführer ohne „rechts“ kundigen Beistand und mußten sich selbst verteidigen. Schwindlern, Dieben, Gräuñdnen und anderen Verbrechern (selbstverständlich wenn sie Geld haben und etwas „verdienen“ lassen) bieten sich die Advokaten und „Rechts“ gelehrten an und bringen alle Kniffe und Winkelzüge in Anwendung, um die in Schutz genommenen Sanner vor der Strafe zu bewahren. Politische Gegner zu verteidigen haben diese Männer des „Rechtes“ nicht den Muth.

Ueber den Prozess selbst wollen wir Folgendes erwähnen: Wegen angeblicher Gründung eines geheimen Vereines mußten sich im April vorigen Jahres 43 Sozialisten vor dem Münchner Bezirksgericht verantworten. Sämtliche Angeklagte wurden freigesprochen, wogegen aber der Staatsanwalt Einsprüche erhob. Der zweite Senat des Appellgerichts betrachtete merkwürdigerweise die strikte Abhaltung von öffentlichen Volksversammlungen als eine Verunstgung und verurtheilte 40 der Angeklagten. Wegen das Urtheil wurde von Seite mehrerer derselben Einspruch erhoben. Bei der Einspruchsverhandlung hatten einige Genossen die Absicht, einen Richter des Senats, den Rath Alfeld, abzulehnen, weil derselbe (wie Genosse Ernst in Erfahrung brachte) in einem Casu sich ganz laut äußerte: „So lange die Sozialdemokraten und die Ultramontanen nicht ausgegrenzt sind, giebt es keine Ruhe.“ Die Angeklagten glaubten hierin einen hinlänglichen Grund zur Ablehnung zu haben. Der Verteidiger brang jedoch in den Genossen Ernst, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen, ja er drohte sogar, den Saal verlassen zu wollen, wenn auf der Ablehnung des genannten Richters bestanden würde. Der Richter wurde beibehalten und die Verhandlung lief ganz „glatt“ ab, die Angeklagten wurden verurtheilt. Von sämtlichen Verurtheilten wurde die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, aber welche am 18. in zweistündiger Sitzung

verhandelt wurde. Zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung kam es gar nicht; ein vom Genossen Pröbhel eingebrachtes Memorandum kam gar nicht zur Verlesung. Der oberste Gerichtshof sand nach Prüfung der einzelnen Aktenstücke sämtliche Nichtigkeitsbeschwerden, mit Ausnahme derjenigen des Genossen Münch, welcher sie um einen Tag zu spät eingereicht hatte und welche gänzlich verworfen wurde, zwar als formell für zulässig, jedoch materiell als un begründet, weil weder eine wesentliche Formlichkeit verletzt, noch das Gesetz unrichtig angewendet worden sei. Die Nichtigkeitsbeschwerden wurden ohne jede nähere Ausführung einfach verworfen. Die Beschwerdeführer wurden noch obendrein in die Kosten und Genosse Münch noch extra zu einer sogenannten „Friststrafe“ von 10 Tagen Gefängnis verurtheilt. Sehr bemerkenswerth ist, daß bei der Publikation des Urtheils besonders hervorgehoben wurde, daß es dem obersten Gerichtshof gesetzlich nicht zustehe, an den (entgegen dem vollständig freisprechenden Urtheile der ersten Instanz), in dem Urtheile der zweiten Instanz — dem Appellgericht von Obergauern — als erwiesen angenommenen „Thatsachen“ zu rütteln.

Zur Zeit der Judenhegen hieß es: „Der Jud muß verbrannt werden!“ Heute läßt es sich dahin variiren: „Der Sozialdemokrat muß verdonnert werden, weil — er Sozialdemokrat ist.“ Basal! Verurtheilt wurden vierzig Personen, davon sieben zu je drei Monaten 15 Tagen, dreizehnanzig zu je zwei Monaten, drei zu je ein und ein halb Monaten und sieben zu je einen Monat. Unter diesen Verurtheilten sind neunundzwanzig Familienväter. Das Gesamtstrafmaß beträgt sechs Jahre und zehn Monate.

In diesem Prozesse haben in erster Instanz drei und in zweiter Instanz fünf, insgesammt also acht Richter gurtheilt. Der erstinstanzliche freisprechende Richterspruch wurde, wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, einstimmig gefaßt. In der zweiten Instanz wurde der verurtheilende Beschluß mit 3 gegen zwei Stimmen gefaßt. Hiernach hatten fünf Richter auf Freisprechung, drei dagegen auf Verurtheilung erkannt. Der oberste Gerichtshof trat der Ansicht der drei Richter bei und füllte sich nicht berechtigt an den als „erwiesen angenommenen Thatsachen“ zu rütteln. O heiliger Pops! Du hast die Unshidbarkeit nicht umsonst erlernt! So tiefmüthig und betrübend dieser Vorfall ist, enthält er doch auch ein Stückchen Komik. Der neue „christlich-soziale“ Wander-Apostel, E. Grüneberg, welcher als Stöder'scher Missionär im Lande herumreist und Anhänger zu topern bemüht ist, befindet sich unter den Angeklagten. Wie wird sich der Herr Hopsprediger Stöder wundern, wenn er diese alte Sünde seines reinigen Apostolates erfährt!

Wenn die bairischen Richter der Meinung sind, durch obiges Urtheil die sozialdemokratische Idee aus der Welt geschafft zu haben, so sind sie auf dem Holzwege. Durch solche Maßregeln werden, da Druck Gegenruck erzeugt, die Verfechter unserer Sache nur gehärtet und gegen die heutigen höchst ungerechten Gesellschaftszustände nur mehr aufgebracht. Die Zukunft gehört uns, trotz Kerker und Verfolgungen!

Deutsche Schiffszimmerer!

Der Strike in Bremen und Bremerhaven, der am ersten November vorigen Jahres begannen, dauert noch immer ernsthaft fort! Bereits sind ca. 27.000 M. an Unterstützung für unsere kämpfenden Kameraden aufgebracht worden, um im Kampfe gegenüber den Ausbeutern, die da heißen E. Reddenburg, E. Lange, R. E. Widmer, H. H. Ulrichs und Schan (in Firma Schan u. Oilmann) auszuhalten. Bis auf den heutigen Tag ging die Arbeit nur langsam, die wenigen Schiffe, die da in die Docks geholt wurden, hatten keine Zimmerer nötig, sie wurden nur kaltsiert, das heißt, sie wurden anstatt kaltsiert größtentheils mit dem Pech- und Asphaltkleebrunn abgefeuert. Einige Maschinen gaben direkten Befehl, die Schiffe unter'm Boden (wo es also vor den Augen der Aheber und Capitäne verborgen bleibt) nur abzumauern.

Wie lange diese Ausbeuter das räuberische Handwerk, die Schiffe anstatt kaltsiert nur abzumauern, ungehindert fortführen können, bleibt abzuwarten. Wahrnehmlich werden sie es so lange betreiben, bis eine dieser aus den Docks kommenden abgeschimierten Schiffe versinken wird, dann erst wird man Seitens der übermüthigen Schiffsbefehliger beginnen, Einsprüche gegen solche Kaltsierungen zu erheben. Au von der Strafe ungerückten Arbeitelernen, also total sach-unkundigen Leuten, und den Verlegungen werden größtentheils diese Arbeiten, welche, wie das Kaltsieren, doch gar nicht gewissenhaft genug gemacht werden können, indem Menschenleben davon abhängen, ausgeführt.

Diese Ausbeuter glauben aber, dadurch unsere kämpfenden Kollegen an die Arbeit zu ziehen, indem sie zeigen wollen, daß sie das Kaltsieren resp. Abschmieren, (wozu natürlich kein rechtschaffener Schiffszimmerer sich gebrauchen läßt), ohne Schiffszimmerer verfertigen können.

Gaben die Schiffszimmerer in Bremen und Bremerhaven die Arbeit denn etwa aus Uebermuth eingestellt, oder mußten sie es nicht, weil sie die Unterdrückung, die diese Herren auf sie auszuüben gedachten, nicht mehr aushalten konnten? Eine Wart pro Tag sollten unsere Kollegen sich abziehen lassen und nicht das allein, nein, sie sollten sich auch wie Kasthiere von einer Werfte zu der andern schulen lassen. Versuchen wie Kasthiere behandeln zu wollen, Menschen Jahr aus Jahr ein auszuleihen zu wollen, ist das nicht unerhört?

Den alten Lohnsatz haben die Ausbeuter bereits wieder bewilligt, aber sie wollen von ihrem Lieblingspflanz, dem Ausbeuten, noch keinen Abstand nehmen und deshalb kann die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen werden.

Weshalb aber bestehen diese Ausbeuter absolut darauf, ihre Leute sich gegenseitig leihen zu lassen? Einfach aus dem Grunde, um ihre Ausbeutungslüste voll und ganz befriedigen zu können; sie wollen den Neubau ausgeben, sich nur mit den Reparaturen alter Schiffe beschäftigen, weil sie bei dem Neubau mit Kopfrechnen nicht viel verdienen, dagegen bei den Reparaturen alter Schiffe ohne Kopfrechnen sehr viel verdienen!

Der Vorstand in Bremerhaven versuchte trotzdem, eine Einigung mit den Ausbeutern auf gütlichem Wege zu erzielen. In diesem Zwecke wurden daher zwei Mann nach jeder Werft geschickt, und jeder einzelne Ausbeuter gefragt, ob er gewillt sei, das Ausleihen fallen zu lassen, dann wollten unsere Kollegen die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufnehmen; allein die Herren bestanden darauf, von dem Ausleihen nicht abzuweichen, ja einzelne von ihnen besaßen sogar noch die Frechheit, zu erklären, das Ausleihen sei zum Besten unserer Kollegen, sie sollten die Arbeit nur aufnehmen. Ist das nicht unerhört? — Was ist daher zu thun? Wollen wir uns ergeben? Wollen wir die wenige Freiheit, die wir besitzen, das wenige Brot, das uns für unsere schwere Arbeit gereicht wird, welches wir durch schwere Kämpfe erlangen, den Ausbeutern wieder überlassen, und dasselbe noch immer mehr schmälern lassen?

Wollen wir jetzt, wo wir die schlimmste Zeit hinter uns haben, wo der Frühling vor der Thür ist, erlahmen und den Feind den Triumph über uns feiern lassen? — Deutsche Schiffszimmerer, das kann nicht euer Wille sein!

Bereits winkt uns eine bessere Zukunft, der Ausbruch Englands, den es unter dem Deckmantel der Humanität, der Befreiung der Christen in der Türkei, unternimmt, ist beendet, die Türkei besetzt, der Friede zwischen der Türkei und Rußland hergestellt. — Die Aussicht, daß ein europäischer Krieg entsehn werden werde, ist vorüber, indem Rußland bei dem Friedensschluß in Betreff seiner Eroberungslüste in Hinsicht auf England bedeutende Rücksicht nahm.

Es ist daher zu hoffen, daß die Conjunctionen sich ändern, die Gesellschafteloge im Allgemeinen sich heben wird, wodurch wir die Macht in

die Hände bekommen, diesen Ausbeutern, die uns seit 4 Jahren ununterbrochen anzugreifen und zu inelcten versuchen, heim zu leuchten! Darum auf, deutsche Schiffszimmerer! verzaget nicht, organisiert Euch, sporn die Alle an zu zähnen, um die ausgeschlossenen Kollegen genügend unterstützen zu können; ihr Sieg ist euer Aller Sieg! Opfert daher ohne Murren für Eure kämpfenden Kollegen, für Euer eigenes Interesse, für Euer tägliches Brot!

An Euch, Ihr deutschen Schiffszimmerer, die Ihr der Organisation der kämpfenden Armee des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerervereines noch fern steht, geht der Ruf, Euch derselben anzuschließen, um mit zu kämpfen! — Nur durch Kampf werden wir im Stande sein, mit unserer Hände Arbeit so viel zu erringen, daß wir und unsere darbenenden Familien sich satt essen können! Trete daher ein für Eure Rechte, bringt Gelder auf zur Unterstützung Eurer darbenenden Kollegen und sendet dieselben an W. Sohn's, wohnhaft Hamburg, Sennsberg 22.

Besten Gruß
H. Groß, Hamburg, St. Pauli, Bergstraße Hof 23.

An die Leser des „Vorwärts“ und der „Neuen Welt“ in Danzig.
Parteigenossen!

Pflicht eines jeden Lesers und Parteigenossen ist es, mit aller Kraft für die Verbreitung des „Vorwärts“ und der „Neuen Welt“ einzutreten und darauf bedacht zu sein, immer mehr Leser und Abonnenten zu gewinnen. Die älteren Parteigenossen, die in letzter Zeit häufig waren, werden hiermit ebenfalls aufgefordert, das Versäumte nachzuholen. Es ist nicht möglich, sich ein Urtheil über unsere Bewegung zu bilden, wenn man die genannten Blätter nicht liest und sich etwa auf die Bestirre sblutur Winkeldrücke, welche den Arbeiterstand beschimpfen und dessen Bestrebungen mit Roth bewerfen, beschränkt. Jeder, der Wahrheit und Recht liebt und die Befreiung des arbeitenden Standes aus den entwürdigenden Ketten, in welche derselbe durch die heutige Gesellschaftsordnung geschnitten ist, anstrebt, soll es nicht unterlassen, auf den „Vorwärts“, welcher sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiete die weitgehendste Belehrung erteilt, zu abonniren. Die „Neue Welt“ ist auf dem Gebiete der Belehrung und Unterhaltung jedem anderen Blatte vorzuziehen.

Da am 1. April ein neues Abonnement beginnt, fordere ich die Genossen auf, die Gelegenheit zu heutzutage und auf die genannten Blätter recht zahlreich zu abonniren. Bestellungen nimmt entgegen: E. Dyd, Baumgart'sche Gasse Nr. 34 in Danzig. — Monatsabonnements auf alle sozialistischen Zeitungen werden zu jeder Tageszeit angenommen.

Von Seiten der Redaktion des „La Feuille d'Olivier“ („Oelzweig“, welches als Organ der „Friedenspartei“ in Berlin erschien, wird uns mitgeteilt, daß das Blatt nicht eingezogen, sondern mit der Zeitung „Les Etats Unis d'Europe“ („Vereinigte Staaten von Europa“) verschmolzen sei. Die Freunde desselben werden in der neuen Ausstattung die alten Interessen vertreten finden und wollen sich die Abonnenten, welche die Zeitung auch in Zukunft zu lesen wünschen, an die Redaktion der „Les Etats Unis d'Europe“, Geneve, 30 Rue de Constance, wenden. Den Verlag für Deutschland hat Herr Otto Dreger, Berlin, unter den Linden übernommen und werden daselbst, wie bisher bei allen Zeitungshändlern, auch einzelne Nummern zu haben sein.

Briefkasten

der Redaktion. K. K. in Zürich: Es wäre mir lieb, wenn ich das Manuscript um Oftern hätte, weil ich dann etwas freie Zeit habe; 6-7 Druckbogen wären jedenfalls nicht zu viel. Für die freundlichen Mittheilungen Dank; es ist dafür geforgert, daß die Bäume (und auch das Unkraut) nicht in den Himmel wachsen darf. W. L. — A. H. in D.: Der in Ihrem Eingelände enthaltene Vorschlag ist sehr gut gemeint, aber er hat den einen Fehler, daß er nicht mehr neu ist. Schon vielfach ist die Frage erörtert worden, wie das ländliche Proletariat, mehr als es sonst der Fall war, mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie bekannt gemacht werden könne, und manches ist in Vorschlag gebracht und auch beschlossen worden, ohne daß die gebrügten Erwartungen erfüllt worden wären. Die Frage ist aber eine solche, die nicht durch den guten Willen Einzelner, sondern durch die Verhältnisse gelöst werden wird.

der Expedition. J. S. Neu-Henburg: Der Betrag von 150 muß erst eingekendet werden, ehe die Anzeige Aufnahme findet.

Rudolf Schlömp (Tüpler) ersucht um seine Adresse J. Leh, Pfefferstadt 43, Eing. Bödn., Danzig.

Quittung. Schnde Herford Sgr. 1.20. Dr. Linden Sgr. 0.60. Bdhl. Salungen Sgr. 1.30. Schlg hier Sgr. 1.65. Erdansty Königberg Sgr. 0.50. Wpl. Schiltach Sgr. 0.60. Wldng hier Sgr. 6.10. Wsln Barmen Sgr. 5.20. Dr. Spät Gotha Sgr. 1.75. Bgs. Hannover An. 1.20. Sh Chemnitz Ab. 3.60. Frank Suda. West Ab. 27.28. Wsln Düsseldorf Ab. 11.60. Sclhb. Löge Ab. 8.67. J. Hürwan Bremerhaven Ab. u. Sgr. 45.00. Bfr London Ab. 4.60. Wllndrge Rürnberg Ab. 12.23. Sglr hier Ab. 13.60.

Fonds für Gemahregelte.

v. Bfr London 0.40.

Die Zukunft. Sozialistische Revue.

Erscheint monatlich zweimal und zwar vom 1. April d. J. an regelmäßig in Heften von je 2 Bogen. Aus letzterem Grunde tritt eine geringe Preisänderung ein.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und Colporturen:

pro Quartal 1,50 Mark

(statt 1,25 Mark).

Bei Zusendung unter Kreuzband pr. Quartal 2 Mark; bei Zusendung unter Couvert pr. Quartal 2,60 Mark.

Wir bitten die Fortsetzung rechtzeitig zu bestellen.

Heft 13 erscheint am 1. April.

Allgemeine deutsche Associationsbuchdruckerei (G. G.)

zu Berlin.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporturen und Parteigenossen als Material zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt

statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.

Leipzig. Expedition der „Neuen Welt“.

Härberstraße 12. 11.

Durch uns ist zu beziehen:

Das lebensgroße Brustbild Ferdinand Lassalles.

Lithographie (19 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redaktor: Hermann Felzig in Rudwiz-Beipz'scher Redaktion und Expedition Härberstraße 12. 11 in Leipzig. Druck und Verlag der Allgemeinen deutschen Buchdruckerei in Leipzig.